

Bearbeitungsstand Anträge/Mitgliederversammlung 2023

Nr.	Antragsteller	Thema	Text	Bearbeitungsstand
1	Seniorenbeirat Dörentrup	Altersdiskriminierung	Der Vorstand wird beauftragt, die Landesregierung zu bitten, regelmäßige Fachveranstaltungen zum Thema Altersdiskriminierung anzubieten. Inhaltlich soll es darum gehen, die vorhandene Altersdiskriminierung in Deutschland ins Bewusstsein zu bringen, mit dem Ziel, das Selbstwertgefühl und die Eigenverantwortlichkeit der Älteren zu stärken.	Bearbeitung: Edeltraut Krause Wir haben uns bei dem für uns zuständigen Landesminister Laumann für diesen Beschluss eingesetzt. Darüber hinaus haben wir uns an die Antidiskriminierungsstelle des Bundes – zur Information und Unterstützung einer von dort angestrebten Stärkung des Antidiskriminierungsschutzes – gewandt. Wir werden in der Mitgliederversammlung berichten.
2	Seniorenrat Bielefeld	Diskriminierung und Ausgrenzung durch Digitale Transformation	Der Vorstand wird beauftragt, über die drei kommunalen Spitzenverbände auf die Kommunen einzuwirken, im Rahmen der fortschreitenden Digitalisierung im Verwaltungshandeln grundsätzlich auch den analogen Zugangsweg offenzuhalten.	Bearbeitung: Wolf-Rainer Winterhagen und Manfred Stranz Wir haben uns bei allen kommunalen Spitzenverbänden für den Erhalt analoger Zugangswege eingesetzt. Der Städtetag unterstützt unsere Position eindeutig. Darüber hinaus haben wir uns an die Antidiskriminierungsstelle des Bundes zur Information und Unterstützung einer von dort angestrebten Stärkung des Antidiskriminierungsschutzes gewandt. Von Landesministerin Scharrenbach, unter anderem zuständig für Digitalisierung, erwarten wir noch eine Antwort. Wir werden in der Mitgliederversammlung berichten. Wir setzen uns selbst für digitale Unterstützungsangebote in den Kommunen ein. Wir bitten darum, uns Ihre Erfahrungen aus den Kommunen zu berichten, damit wir ggf. mit konkreten Beispielen aktiv werden können.

Nr.	Antragsteller	Thema	Text	Bearbeitungsstand
3	Seniorenbeirat Hagen	Altersdiskriminierung	Der Vorstand setzt sich dafür ein, dass Banken und Sparkassen sich nicht weigern dürfen, für Senior*innen Konten einzurichten. Eine Kontoeröffnung darf nicht von einem hohen Lebensalter abhängig sein.	Bearbeitung: Gerd Maschun Wir haben vom Bundesverband der Deutschen Volksbanken und Raiffeisenbanken eine eindeutige Position in unserem Sinne erhalten. Ebenso von den beiden Sparkassenverbänden in Nordrhein-Westfalen. Darüber hinaus haben wir uns an die Antidiskriminierungsstelle des Bundes gewandt zur Information und Unterstützung einer von dort angestrebten Stärkung des Antidiskriminierungsschutzes. Wir bitten darum, uns Ihre Erfahrungen aus den Kommunen zu berichten, damit wir gegebenenfalls mit konkreten Beispielen aktiv werden können.
4	Seniorenrat Aachen	Altersdiskriminierung	Die Landesseniorenvertretung wird beauftragt, sich bei den drei kommunalen Spitzenverbänden, bei den Verkehrsverbünden, den Zweckverbänden und in den Kommunen selbst dafür einzusetzen, weiterhin analoge Tickets anzubieten. Eine reine Digitalisierung in diesen Bereichen birgt die große Gefahr der Diskriminierung.	Bearbeitung: Manfred Stranz Wir haben uns bei den kommunalen Spitzenverbänden und bei allen Verkehrsverbünden für diesen Beschluss eingesetzt. Bei allen Antworten, die wir erhielten, wird zugesagt, analoge und digitale Möglichkeiten weiterhin parallel zur Verfügung zu stellen. Darüber hinaus haben wir uns an die Antidiskriminierungsstelle des Bundes gewandt zur Information und Unterstützung einer von dort angestrebten Stärkung des Antidiskriminierungsschutzes. Wir bitten darum, uns Ihre Erfahrungen zu berichten, damit wir gegebenenfalls mit konkreten Beispielen aktiv werden können.

Nr.	Antragsteller	Thema	Text	Bearbeitungsstand
5	Seniorenbeirat Dortmund	Beseitigung der Altersdiskriminierung durch Altersgrenzen für Ehrenämter	Der Vorstand wird damit beauftragt, sich bei der Landesregierung dafür einzusetzen, dass die Altersgrenzen z. B. für die Bewerbung zum Schöffenamtsamt oder Versichertenältesten aufgehoben werden. Für Ehrenämter sollten andere Kriterien zu Grunde gelegt werden.	Bearbeitung: Ingrid Dormann Wir haben uns beim Justizministerium sowie bei der Staatssekretärin für Sport und Ehrenamt für diesen Beschluss der Mitgliederversammlung eingesetzt. Von der Staatssekretärin erhielten wir eine ablehnende Antwort auf der Grundlage einer Stellungnahme des Justizministeriums. Wir haben nachgehakt und werden in der Mitgliederversammlung berichten. Darüber hinaus haben wir uns an die Antidiskriminierungsstelle des Bundes zur Information und Unterstützung einer von dort angestrebten Stärkung des Antidiskriminierungsschutzes gewandt.
6	Seniorenbeirat Meschede	Sicherstellung der Grundversorgung bei postalischen Dienstleistungen	Der Vorstand sollte sich eindeutig und nachhaltig für eine Verlagerung der postalischen Grundversorgung von Briefen, Paketen, Zeitungen und Zeitschriften, Filialen/Agenturen und Briefkästen sowie der Festsetzung der Entgelte für Brief, Pakete sowie Bücher- und Paketsendungen in ein öffentliches Unternehmen aussprechen, wenn der Postkonzern tatsächlich die Kündigung der Universaldienste in Betracht zieht. Eine weitere Privatisierung – wie die Ausschreibung dieser Dienstleistungen in einzelnen Regionen – würde zu einem „Flickenteppich“ führen und sollte nicht hingenommen werden.	Bearbeitung: Manfred Stranz und Helga Niedoba Wir haben uns beim zuständigen Bundesminister Harbeck für diesen Beschluss eingesetzt. Ebenso bei der Deutschen Post. Wirtschaftlichkeit, Nachfrageorientierung, Arbeitsbedingungen und ökologische Aspekte werden als Begründung für eine Änderung der Postgesetzgebung genannt. In der Novellierung der Postgesetzgebung ist vorgesehen, dass die Deutsche Post künftig weniger Zeitdruck bei der Briefbeförderung haben soll, um Kosten zu senken und den Brieftransport mit Nachtfliegern einstellen zu können. In der Folge wird es länger dauern, Briefe zu bekommen. Strittig ist bislang noch die Frage, ob der Einsatz von Subunternehmen eingeschränkt wird. Der Bundesrat for-

Nr.	Antragsteller	Thema	Text	Bearbeitungsstand
				dert sogar ein Verbot für nicht tarifgebundene Subunternehmen. Der Postkonzern hat bislang keine Kündigung der Universaldienste angekündigt.
7	Seniorenrat Remscheid	Förderung von barrierefreiem und altengerechten Wohnraum	Der Vorstand wird gebeten, die Landesregierung NRW um eine Auflistung der aktuellen und geplanten Förderungen von barrierefreiem und altengerechtem Wohnraum, unter Berücksichtigung folgender Fragen zu bitten: 1. Wie hoch ist der Prozentanteil der Förderung des sozialen Wohnungsbaus im Vergleich zu den Vorjahren? 2. Mit welchem Volumen wird derzeit der soziale Wohnungsbau gefördert? 3. Wieviel davon entfällt auf die Förderung barrierefreier und altengerechter Wohnungen? 4. Welche Förderprogramme bestehen aktuell für die Erstellung altengerechter und barrierefreier Wohnungen? 5. Werden die Fördermittel zu 100 % abgerufen? Wenn nicht, zu welchem Anteil? 6. Sind bis zum Ende der Legislaturperiode weitere Förderprogramme für die Erstellung altengerechter und barrierefreier Wohnungen geplant?	Bearbeitung: Werner Böcker und Martin Schulz Wir haben uns für den Beschluss bei der zuständigen Landesministerin Scharrenbach eingesetzt. Trotz Nachfragen haben wir noch immer keine Antwort erhalten. Wir werden in der Mitgliederversammlung berichten.
8	Seniorenbeirat Gronau	Helmpflicht für Zweiradfahrer (Radfahrer, Pedelec, E-Bike o.ä.)	Der Vorstand wird beauftragt, darauf hinzuwirken, dass die in § 21 a Abs. 2 StVO geregelte Helmpflicht für Fahrer und Beifahrer von Krafträdern auch für die Benutzer von Fahrrädern, Pedelecs, E-Bikes o.ä. Fahrzeugen im Straßenverkehr gilt.	Bearbeitung: Ingrid Dormann Wir haben uns für den Beschluss beim zuständigen Landesminister Krischer eingesetzt. Wir werden in der Mitgliederversammlung berichten. In der <i>Nun Reden Wir</i> Nr. 119 haben wir einen Beitrag der Landesverkehrswacht zur Information veröffentlicht. Danach ist das Tragen eines Helmes zweifelsfrei geboten. Die Kontrollierbarkeit einer Helmpflicht ist gleichwohl schwierig.

Nr.	Antragsteller	Thema	Text	Bearbeitungsstand
9	Seniorenrat Bielefeld	Hitzeaktionsplan in den Kommunen	Der Vorstand wird beauftragt, über die drei kommunalen Spitzenverbände darauf hinzuwirken, dass die Kommunen grundsätzlich Hitzeaktionspläne entwickeln und umsetzen.	Bearbeitung: Edeltraut Krause, Dr. Michael Adam Wir haben uns bei allen kommunalen Spitzenverbänden für diesen Beschluss eingesetzt. Wir haben dabei Zustimmung erhalten und zwar im Hinblick auf die Sinnhaftigkeit und die Notwendigkeit solcher Konzepte. Empfohlen werden diese Konzepte vom Deutschen Städtetag und dazu werden viele Informationen bereitgestellt. Wir haben das wichtige Thema in unseren Seminaren aufgegriffen. Der Seniorenbeirat Recklinghausen wirkte dabei aktiv mit und stellte sein gutes Beispiel vor. In der <i>Nun Reden Wir</i> haben wir das Thema ebenso aufgegriffen und dazu neben Recklinghausen auch einen Beitrag des Landes zentrums für Gesundheit veröffentlicht. Hitzeschutz ist Präventionsaufgabe!
10	Seniorenbeirat Sölingen	Forderung einer gesetzlichen Regelung, öffentliche Toiletten bereit zu stellen	Der Vorstand wird beauftragt, die drei kommunalen Spitzenverbände aufzufordern, auf ihre Mitglieder hinzuwirken, für eine ausreichende Anzahl von öffentlichen Toiletten in den Kommunen zu sorgen. Die Vorhaltung öffentlicher Toiletten obliegt der Daseinsvorsorge der Kommunen, die aber oftmals nicht wahrgenommen wird. Daher sind Fördermittel für diese grundlegenden Infrastrukturbestandteile für die Kommunen von der Landesseite zur Verfügung zu stellen. Zudem ist eine gesetzlich verpflichtende Regelung für die Kommunen auf der Landesebene zu fordern.	Bearbeitung: Gerd Maschun und Helga Niedoba Wir haben uns für den Beschluss bei den kommunalen Spitzenverbänden eingesetzt. Dort wird die Problematik erkannt, aber davon ausgegangen, dass die Kommunen hier tätig werden. Auch bei Landessministerin Scharrenbach haben wir uns eingesetzt. Trotz Nachfrage bislang ohne Reaktion. Wir werden auf der Mitgliederversammlung berichten.

Nr.	Antragsteller	Thema	Text	Bearbeitungsstand
11	Seniorenbeirat der Stadt Haltern am See in Kooperation mit der Kreisarbeitsgemeinschaft der Seniorenbeiräte im Kreis Recklinghausen	Alternative Wohnformen für Menschen mit Demenz	Der Vorstand wird gebeten, die bereits existierende Initiative der Seniorenbeiräte des Kreises Recklinghausen auf Landesebene zu unterstützen und für eine Schaffung alternativer Wohnformen für Menschen mit Demenz einzutreten. Als erster Schritt sollte die Adaption des Angebots in Schleswig-Holstein eingefordert werden, wo durch die Einbeziehung von landwirtschaftlichen Betrieben ein hochwertiges Zusatzangebot für die Pflege von Menschen mit Demenz geschaffen wird. Weitergehende Zielsetzung ist die 24/7-Betreuung von Betroffenen auf sog. „Demenzhöfen“.	Bearbeitung: Wolf-Rainer Winterhagen Wir haben uns bei Landesministerin Gorißen und bei Landesminister Laumann für den Beschluss eingesetzt. Von Frau Gorißen erhielten wir eine Antwort in der auf bestehende Fördermöglichkeiten für alternative Nutzungsmöglichkeiten für Landwirtschaftsbetriebe hingewiesen wird. Außerdem wird angekündigt, dass geprüft werden soll, wie noch besser über diese Fördermöglichkeiten informiert werden kann.
12	Vorstand der LSV NRW	Informationsbereitstellung zu Long COVID	Der Vorstand wird beauftragt, sich dafür einzusetzen, dass es zu einer gebündelten, einfach zugänglichen Bereitstellung von Informationen zu Long COVID kommt.	Bearbeitung: Dr. Michael Adam, Edeltraut Krause Bei diesem Beschluss konnten wir uns bei Landesminister Laumann bedanken, denn die „Informationsbereitstellung zu Long COVID“ ist auf der Internetseite des MAGS gut zugänglich, umfänglich sowie stets aktuell.